GB 4 15.12.2025

Rede des Stadtkämmerers Thorsten Bunte
zur Einbringung des Doppelhaushalts 2026/2027

– Es gilt das gesprochene Wort –



Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

1. Einleitung

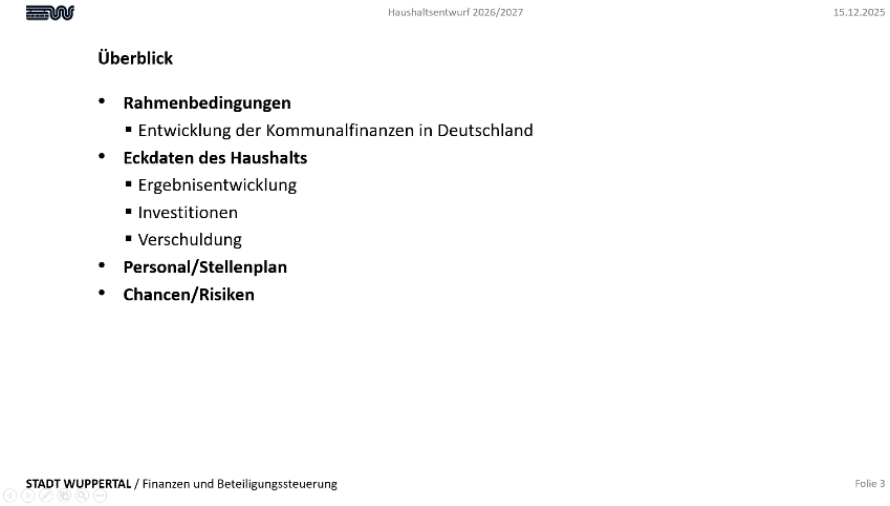
„Essen ist fertig!“ – damit meine ich nicht den Grünkohl, der uns traditionell nach der letzten Ratssitzung des Jahre erwartet.



Ich meine damit die Schlagzeile in der „Zeit“, die Ende November erschien. Hier mit einem Foto meines lieben Amtskollegen Gerhard Grabenkamp. Ich erwähne das, weil der Artikel eine bundesweite Wahrnehmung darüber erzeugt hat, was es praktisch heißen kann, wenn eine Kommune finanziell am Limit ist. Zitat: „Grabenkamp beugt sich über die Akte und sagt – ein bisschen zur Reporterin, aber vor allem zu sich – selbst: »Kostet 87.000 Euro. Kämmerer, entscheide! Machen wir es weiter oder nicht?“ So ganz unbekannt kommt mir das nicht vor…

Ich bin ehrlich gesagt ganz froh, dass es in dem Artikel nicht um Wuppertal ging. Obwohl bei uns die Zahlen sogar noch schlechter sind als in Essen. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass das „trockene“ Thema der Kommunalfinanzen schon einmal bundesweit und quasi flächendeckend so prominent in den Medien war.

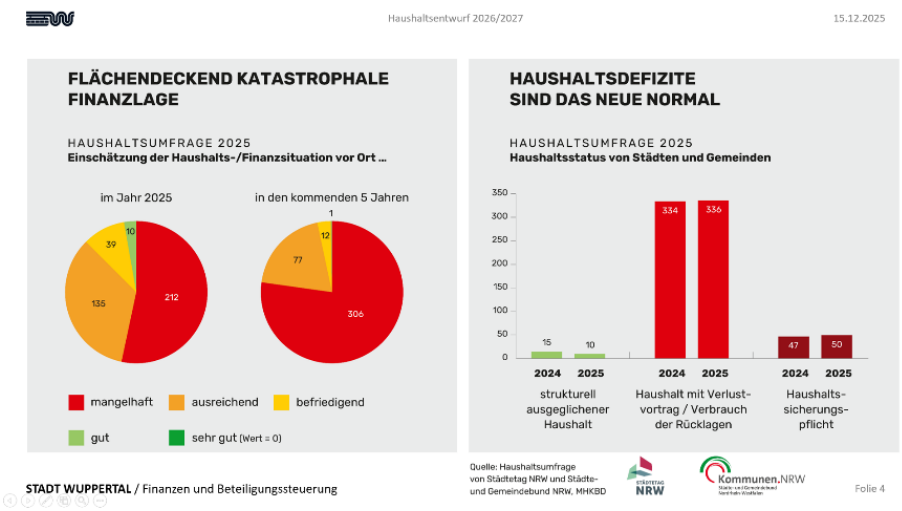
2. Überblick



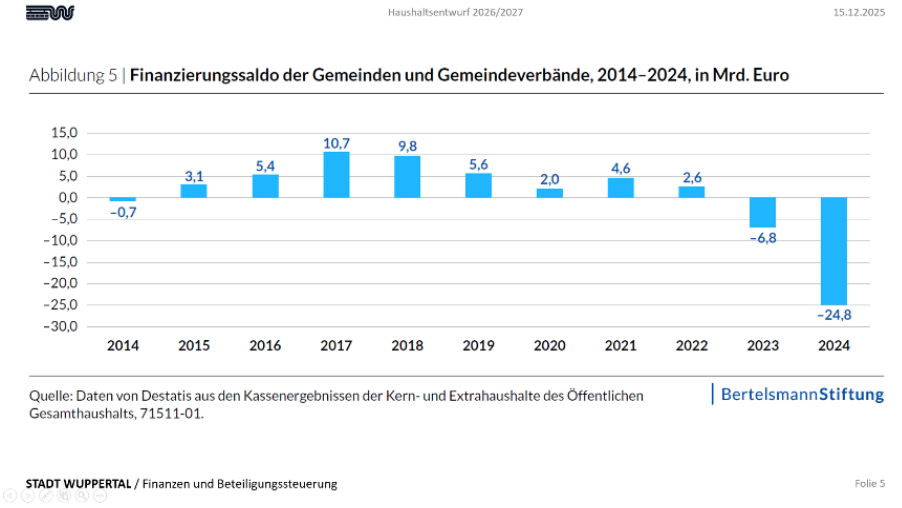
Meine Damen und Herren,

ich will ihnen kurz einen Überblick geben, was jetzt kommt. Ich würde zunächst noch etwas zu den finanziellen Rahmenbedingungen sagen, bevor ich ihnen die Eckdaten des Haushalts präsentieren möchte. Konkret die Ergebnisentwicklung, die geplanten Investitionen und die Entwicklung der Schulden. Dann werde ich kurz etwas zum Stellenplan sagen und auf die haushaltswirtschaftlichen Chancen und Risiken eingehen.

3. Entwicklung der Kommunalfinanzen in Deutschland

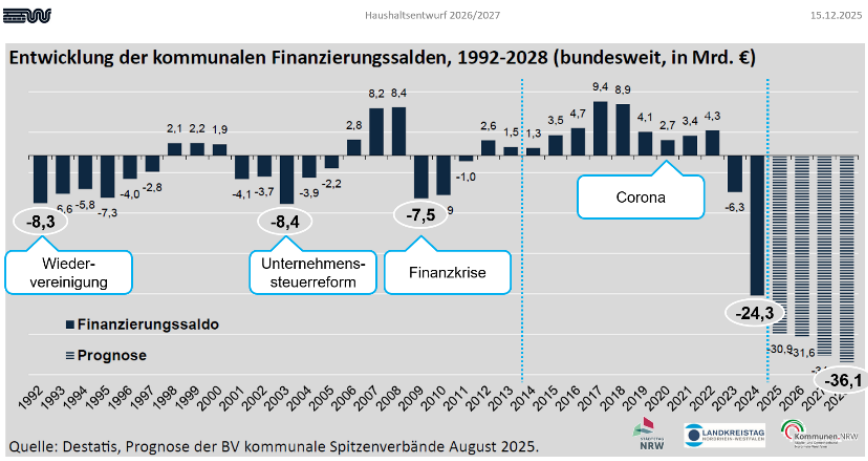


Sie haben alle sicher schon vom IFO-Geschäftsklima-Index gehört, bei dem es um die „Stimmungslage“ der deutschen Unternehmen geht. Etwas ähnliches machen seit kurzem die kommunalen Spitzenverbände auch für die Kommunen. Das Ergebnis spiegelt die dramatische Finanzlage wider. „Haushaltsdefizite sind das neue Normal“. In NRW schaffen 2025 gerade noch 10 von 396 Kommunen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Die Zahl der Kommunen in der Haushaltssicherung wird rasant ansteigen. Die haushaltsrechtlichen Hilfskonstrukte – Stichworte: globaler Minderaufwand, Verlustvorträge, etc. – werden das nicht mehr verschleiern.



Das Rekorddefizit der deutschen Kommunen, das das statistische Bundesamt am 01.04.2025 bekannt gegeben hat, war kein schlechter Aprilscherz, sondern bittere Realität. Ich bin sicher, dass die meisten von ihnen diese Grafik so oder so ähnlich kennen.

Mit Grafiken ist das aber immer so eine Sache. Denn man muss sie interpretieren. Ja, die 24,8 Mrd. Defizit waren das schlimmste seit 2014. Aber es gab doch auch früher schon Krisen!? Und auch die Corona-Krise haben wir doch ganz gut weggesteckt…



Wenn man die Zeitachse nach links und nach rechts erweitert, bekommt man das „bis picture“. Sie sehen hier den Zeitraum von 1992 bis 2028. Zwischen den beiden blauen Linien der Zeitraum 2014 bis 2024 aus der bekannten Grafik von gerade eben. Was man hier sehen kann ist eine Einordnung im Vergleich zu den großen kommunalen Finanzkrisen seit der Wiedervereinigung.

- Die Rezession nach der deutschen Wiedervereinigung, in der u.a. auch die Solidarbeiträge Ost die Stadtkasse belastet haben.
- Die Zeit Anfang der 2000er, in der Deutschland der vielbesagte „kranke Mann Europas“ war und in der die Unternehmenssteuerreform Löcher ins Stadtsäckel riss.
- Und die Finanzkrise 2008/2009, nach der der Stärkungspakt folgte.

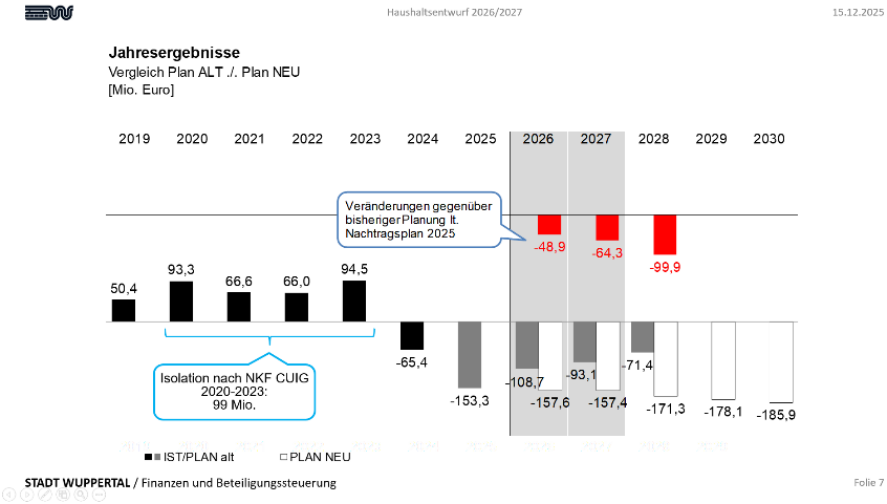
Das jetzige Defizit ist dreimal so hoch, wie die Defizite in diesen Finanzkrisen. Und es setzt sich in den nächsten Jahren in jedem Jahr fort.

Liebe Ratsmitglieder,

So (!) muss man es einordnen, wenn z.B. der Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Saarbrücken, Uwe Conradt, es vor kurzem auf den Punkt gebracht hat – Zitat: "Uns steht das Wasser ganz klar bis zum Hals und die kommunale Daseinsvorsorge ist wahrscheinlich so bedroht wie noch nie in der Zeit der Bundesrepublik Deutschland."

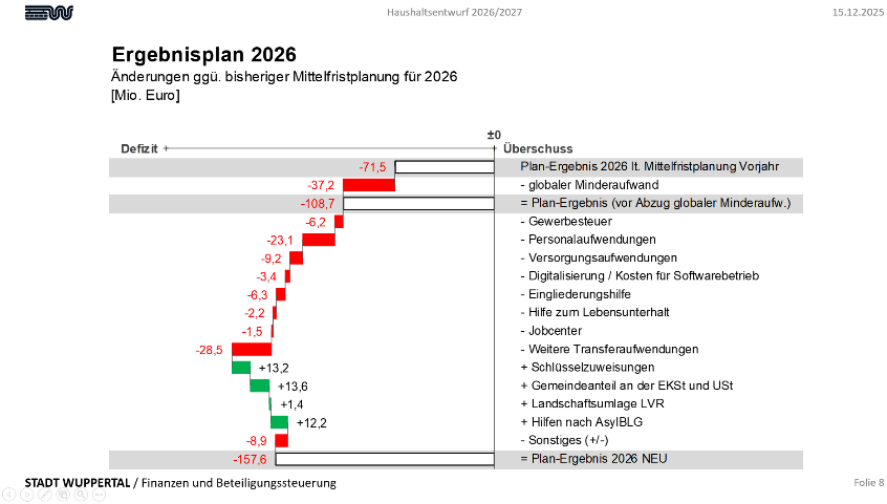
4. Eckdaten des Haushalts

4.1. Ergebnisentwicklung



Wie stellt sich das im Wuppertaler Haushalt dar? In der Grafik sehen Sie den Verlauf unserer Jahresergebnisse. In schwarz die Ist-Ergebnisse, in grau die geplanten Ergebnisse nach dem Stand des letzten Nachtrags-Haushaltes und in weiß die neuen Planergebnisse. In rot sehen sie die Veränderungen gegenüber unserer bisherigen Planung.

Auch bei uns sind „Defizite das neue Normal“. Und zwar in einer Ausprägung, die wir so heftig nur in der Finanzkrise hatten. Aber nach der Finanzkrise gab es eine Erholung – die ist im Moment nicht absehbar. Auch hier zur Einordnung: Unser Defizit macht 8% des gesamten Haushaltsvolumens aus. D.h. wir machen mit jedem Hunderter, den wir ausgeben 8 Euro Verlust. Und wir geben sehr viele Hunderter aus.



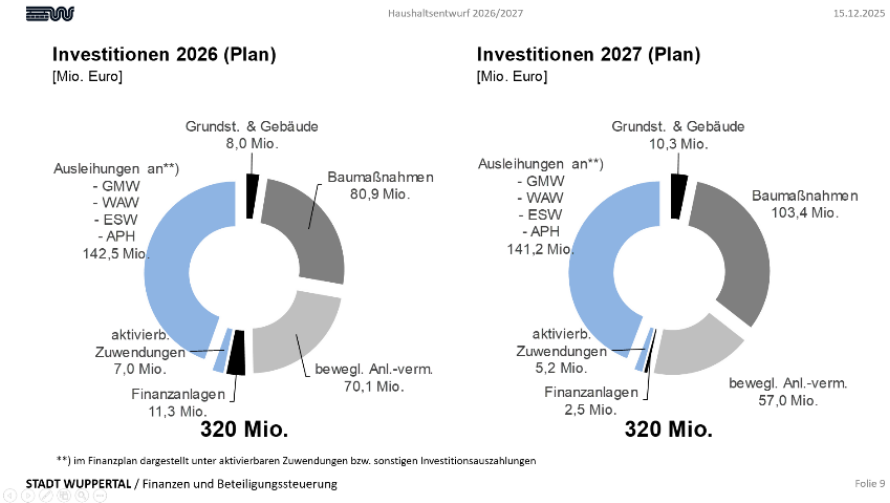
Wie kommt es zu diesen Verschlechterungen? Das kann man in dieser Grafik sehen. Ganz oben steht das Defizit, das wir bisher für 2026 geplant hatten. Ein Minus von rd. 72 Mio. – hier noch mit globalem Minderaufwand. Ohne den hätten wir bereits beim letzten Mal für2026 ein Defizit von 109 Mio. geplant. Ganz unten steht das Defizit mit dem wir jetzt planen: Minus 158 Mio. Dazwischen die Veränderungen. Es gibt ein paar Verbesserungen, die in grün dargestellt sind. Aber hauptsächlich gibt es Verschlechterungen – in rot dargestellt.

Die größten Haushaltsverschlechterungen sehen wir im Personal- und Versorgungsbereich. Einmal 23 Mio. beim aktiven Personal und rd. 9 Mio. bei den Versorgungsempfängern. Und wir sehen sie bei den Transferleistungen: Eingliederungshilfe, Hilfen zur Erziehung, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit.

Ich möchte nicht auf alle einzelnen Positionen eingehen. Erlaube mir aber, ihnen den Haushaltsvorbericht ans Herzu legen. Wir haben den Vorbericht nämlich grundlegend überarbeitet. Ich glaube, sie werden dort viel an Informationen finden, die es dort bislang so nicht gab. Vieles auch mit Grafiken und Langfristentwicklungen unterlegt. Dort finden sie auch Infos zu den gerade genannten Veränderungen, auf die ich an dieser Stelle verweisen möchte.

Ich möchte lediglich noch auf einen Punkt hinweisen. Was sie im neuen Haushalt jetzt erstmal nicht mehr finden, ist der eben erwähnte globale Minderaufwand. Die „alten“ Ratsmitglieder erinnern sich sicher daran, dass wir das im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2025 durchaus kontrovers diskutiert haben. Denn es ging um einen pauschalen planerischen „Rasenmäher“, der dabei helfen sollte, eine sofortige Haushaltssicherungspflicht zu vermeiden. Da wir jetzt aber in jedem Fall in die Haushaltssicherung gehen, haben wir das erstmal weggelassen. Ich weiß noch nicht, ob es schlussendlich dabei bleiben kann. Insofern sehe ich das unter Vorbehalt. Aber wenn es geht, würden wir darauf verzichten.

4.2. Investitionen



Meine Damen und Herren,

jetzt kommen wir zu dem Teil, der eine gewisse Fähigkeit abverlangt, mit großen Widersprüchlichkeiten umzugehen. Denn so dramatisch die Haushaltsentwicklung auch ist, so groß ist auch unser Investitionsbedarf. Der kommunale Investitionsstau beläuft sich nach dem KfW-Kommunalpanel 2025 in Deutschland auf mittlerweile 216 Mrd. Davon entfällt das meiste auf Schulen (68 Mrd.) und auf Straßen (53 Mrd.).

Das können wir 1:1 auf Wuppertal herunterbrechen.

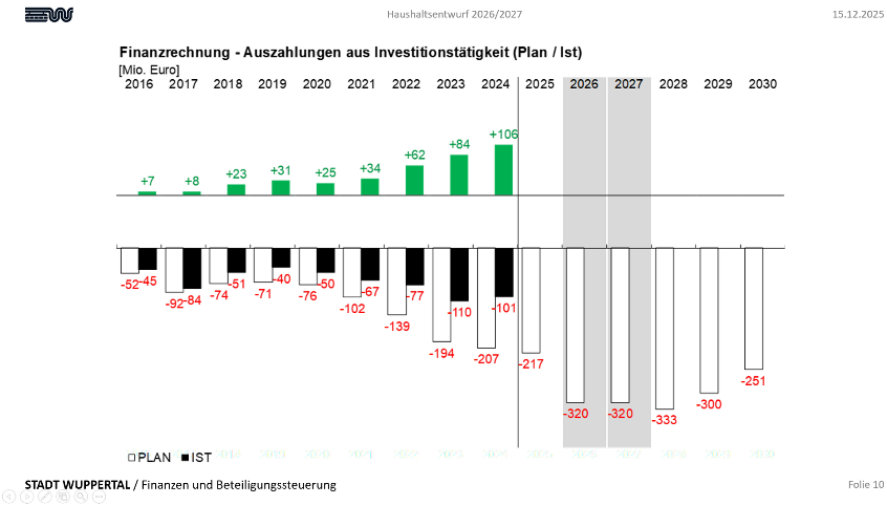
Die Aussage, dass man in der Krise investieren soll, kommt ja eher aus der Börsen-Welt. Sie ist sicher nicht verkehrt, erfordert aber auch viel Fingerspitzengefühl. Denn Fehler darf man sich dabei nicht erlauben.

Bei uns ist es letztlich nicht anders. Denn wir stehen im Spannungsfeld zwischen großem Investitionsbedarf und einer drohenden Verschuldungsspirale. Wir stehen im Spannungsfeld zwischen notwendiger Sparsamkeit und Vernunft auf der einen Seite. Und kommunalen Investitionen als Wirtschaftsimpuls, einem „nicht in die Krise hineinsparen“, auf der anderen Seite. Das ist im Grundsatz nicht neu, in der Dimension aber sehr wohl. Ich bin mir deshalb sicher, dass wir noch professioneller im Umgang mit unseren Investitionen werden müssen.

Wenn hier in jedem Jahr 320 Mio. als Investitionssumme stehen, dann übertrifft das nochmals unsere bisherigen Planungen. Der größte Teil steht hier bei den Ausleihungen an unsere Eigenbetriebe, und hier v.a. allem an das GMW. Das heißt der größte Teil geht in die städtischen Gebäude und hier mit einem ganz klaren Schwerpunkt in den Schulbau.

Wie sich das konkret aufteilt ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan des GMW, der ihnen als Entwurf vorliegt. Er steht auch gleich unter TOP 8.9 zwecks Einbringung in den Rat auf der Tagesordnung. Dabei ist mir wichtig, einmal auf das geänderte Beratungs-Verfahren aufmerksam zu machen: Wir haben ganz bewusst gesagt, dass der Wirtschaftsplan des GMW genauso intensiv beraten werden muss, wie der städtische Haushalt. Denn darin steht das städtische Hochbauprogramm für die kommenden Jahre. Deshalb ist eine Beschlussfassung des Wirtschaftsplans quasi zeitgleich mit der des Haushaltes vorgesehen. Ich bin sicher, dass es auch zum Investitionsprogramm des GMW noch einiges zu beraten, nachzurechnen und abzustimmen gibt. Das muss dann – wenn es beschlossen ist – aber auch ein verlässliches Commitment für alle Seiten sein.

In den Zahlen – sowohl im Haushalt, als auch im GMW-Wirtschaftsplan – ist aber eines noch nicht enthalten: Die Fördermittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur. Dazu hatte ich im letzten Finanzausschuss über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens in NRW schon informiert. Wir werden hierzu Anfang des neuen Jahres im Verwaltungsvorstand in die konkreten Überlegungen gehen, welche Projekte über das Programm wie finanziert werden sollen. Ich sage das an dieser Stelle nur, damit sie nicht vergeblich nach der Einplanung der Mittel im Haushalt suchen.



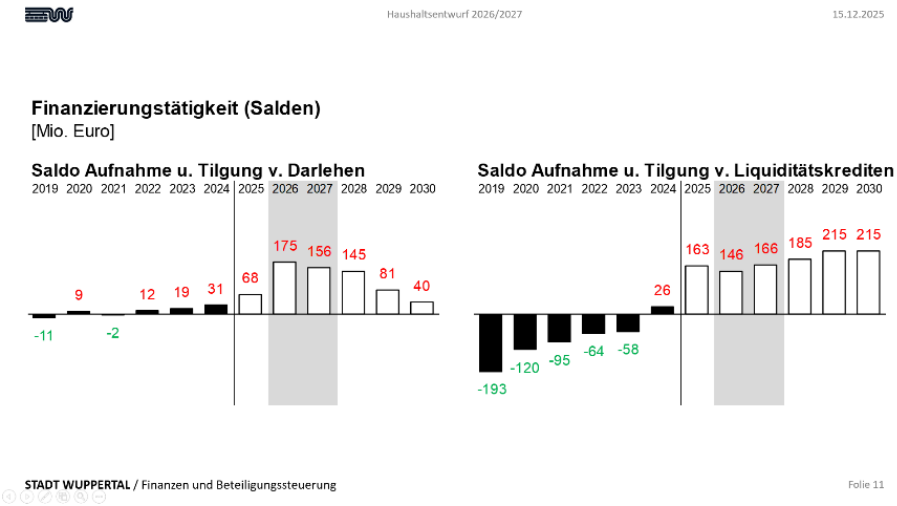
Ich muss ihnen noch eine weitere Widersprüchlichkeit zumuten. In dieser Grafik sehen Sie die Entwicklung unserer Investitionsauszahlungen lt. Gesamtfinanzplan bzw. Gesamtfinanzrechnung. Wie immer in weiß die Planzahlen, in schwarz die Ist-Zahlen und in grün die Abweichungen zwischen Plan und Ist. Grün heißt in diesem Fall, dass wir weniger investiert haben, als wir geplant haben.

Was Sie hier im Zeitverlauf zunächst sehen können, ist eine knappe Verdreifachung unserer Investitionsplanung gegenüber dem, was wir bislang umgesetzt haben. Im Ist lagen wir zuletzt 2023 und 2024 bei knapp 100 Mio. Geplant hatte wir in beiden Jahren fast das Doppelte. Jetzt planen wir mit 320 Mio. pro Jahr gut dreimal so hohe Investitionen ein.

Die Abweichung, die sie in den Ist-Zahlen sehen bedeutet: Wir setzen weit weniger um, als das, was wir planen. Als Kämmerer freue ich mich natürlich, wenn am Ende weniger Geld gebraucht wird und wir doch nicht ganz so hohe Kredite aufnehmen müssen. Aber es offenbart ein anderes Problem. Denn wir haben – jedenfalls im Investitionsbereich – offenbar eher ein Umsetzungsproblem als ein Finanzproblem.

Deswegen werden wir ihnen mit dem Haushaltssicherungskonzept – so viel sei verraten – auch einige strukturelle Maßnahmen vorschlagen, mit denen wir hoffen, in der Umsetzung besser werden können.

4.3. Verschuldung



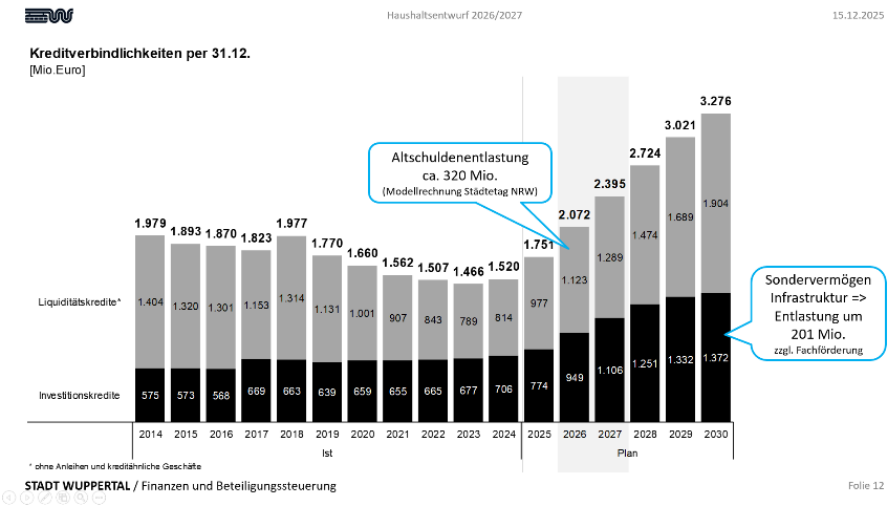
Meine Damen und Herren,

wir bleiben nochmal einen Moment im Gesamtfinanzplan. Nach den Investitionsauszahlungen finden Sie darin auch die Finanzierungssalden.

Und zwar einmal – auf der linken Seite – den Saldo aus der Aufnahme und Tilgung von Darlehen, also unserer Investitionskredite. Ein negativer Saldo bedeutet, dass wir mehr getilgt haben, als wir an neuen Krediten aufgenommen haben. Ein positiver Saldo bedeutet, dass wir mehr an neuen Krediten aufgenommen haben, als wir getilgt haben. Dann spricht man von Netto-Neuverschuldung.

Sie können dort sehen, dass unsere Netto-Neuverschuldung aus Investitionskrediten in den letzten Jahren wirklich recht moderat verlaufen ist. 2019 und 2021 haben wir sogar mehr getilgt, als neu aufgenommen. In der Planung für die nächsten Jahre führen die hohen geplanten Investitionen dann aber zu hohen geplanten Kreditaufnahmen.

Und auf der rechten Seite sehen Sie den Saldo aus der Aufnahme und Tilgung von Liquiditätskrediten. Das Prinzip ist das Gleiche wie bei den Investitionskrediten. In den letzten Jahren konnten wir Liquiditätskredite tilgen. In der Planung müssen wir viele Liquiditätskredite aufnehmen. Und das ist dann eine Folge der hohen Defizite im Ergebnisplan.



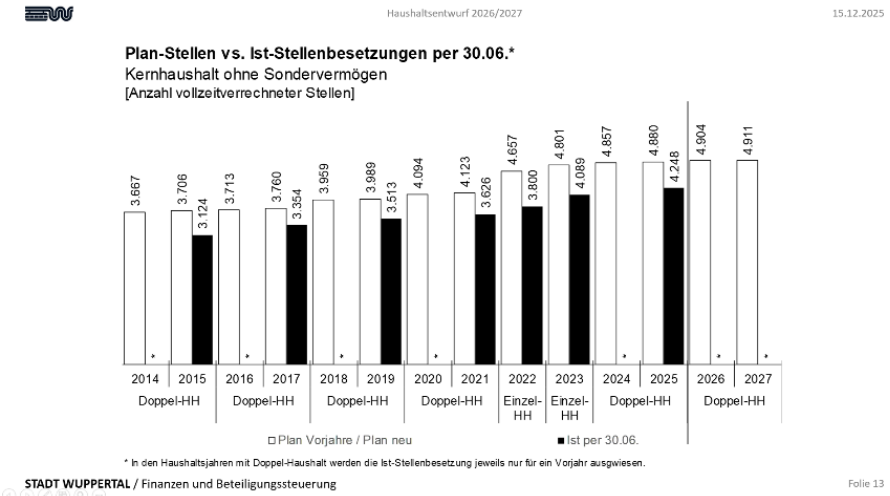
Wenn man jetzt unsere Kreditbestände und die geplanten Veränderungen zusammenrechnet ergibt sich dieses Bild. Wir würden danach in nur fünf Jahren bis 2030 unsere Gesamtverschuldung rechnerisch knapp verdoppeln. Von aktuell rd. 1,7 Mrd. auf rd. 3,3 Mrd.. Davon rd. 1,9 Mrd. Liquiditätskredite und 1,4 Mrd. Investitionskredite.

Ich finde diese Darstellung wichtig, weil sie auch dabei hilft, die Größenordnung der Entlastungsmaßnahmen von Bund und Land einzuordnen. Zum einen das Altschuldenentlastungsgesetz, das 2026 voraussichtlich eine Entlastung um die 320 Mio. bringen könnte – lt. Modellrechnung des Städtetags NRW. Zum anderen die Investitionsmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur. Hier können wir mit 201 Mio. pauschal und vielleicht nochmal 50 Mio. aus den Fachförderungen erwarten. Das ist viel Geld, das auch viel helfen wird.

Aber in der Gesamtdimension wiegt es nicht die strukturelle Unterfinanzierung auf. Und es wiegt auch nicht den Investitionsstau auf.

Wie realistisch diese Planungen sind, wird sich noch zeigen. Ich glaube, dass die Entwicklung der Investitionskredite vermutlich etwas moderater verlaufen wird. Die Entwicklung der Liquiditätskredite ist nach meiner Einschätzung eher optimistisch gerechnet.

5. Personal / Stellenplan



Meine Damen und Herren,

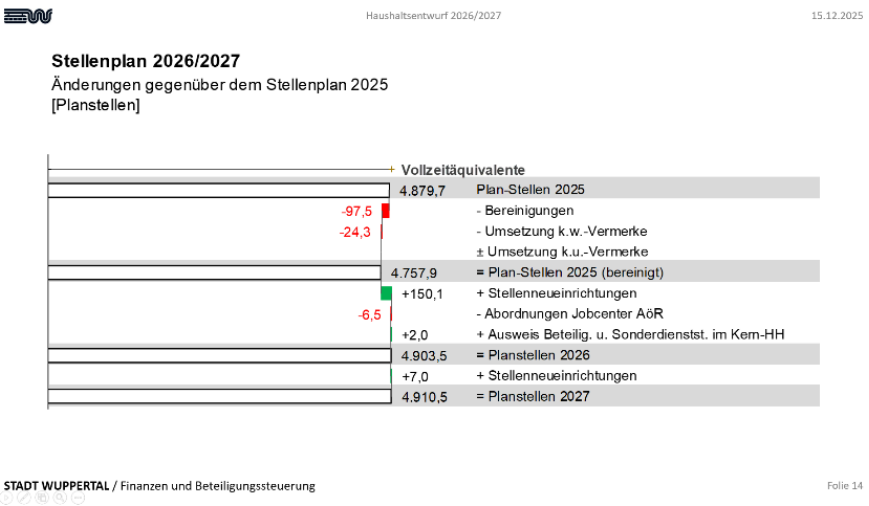
ich möchte noch auf den Stellenplan eingehen. Vorab möchte ich sagen, dass wir – ebenso wie den neue Haushaltsvorbericht – auch den Stellenplan grundlegend überarbeitet haben. Ich glaube, dass sowohl der Erläuterungsteil als auch der Zahlenteil jetzt wesentlich informativer sind, als Sie es aus der Vergangenheit kennen. In der Sache haben wir in diesem Jahr durchaus intensiv um den Stellenplan gerungen. Denn auch beim Personal stehen wir in einem großen Spannungsfeld.

Blickt man auf die Kostenentwicklung, dann sind die Personalaufwendungen im Ist von 210 Mio. 2014 inzwischen auf 364 Mio. in 2024 gestiegen. Also fast 75 % Kostensteigerung in 10 Jahren.

Schaut man auf die Planstellen – in der Grafik in weiß – haben wir inzwischen 1.200 Planstellen mehr als vor 10 Jahren; ein Plus von rd. 33%. Das ist natürlich stark den Zuwächsen im Bereich der Kindertagesbetreuung geschuldet, wo es darum geht, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Es ist auch den Zuwächsen in der Feuerwehr geschuldet, wo wir heute andere Standards haben. Aber es ist bei weitem nicht nur diesen Bereichen geschuldet.

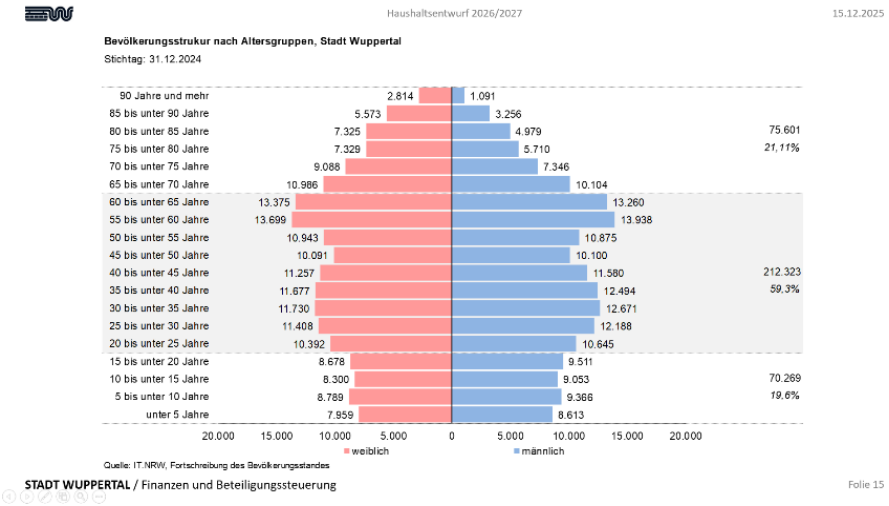
Und obwohl das so ist – da lügen die Zahlen sicher nicht – wird aus verschiedenen Bereichen, mal mehr, mal weniger, teils auch massiv Personalmehrbedarf geltend gemacht. Und vermutlich gibt es ebenso Bereiche, die Bedarf hätten, sich aber mit Bedarfsmeldungen eher zurückhalten. Nicht leicht, da zu objektiven Entscheidungen zu kommen.

Nicht zuletzt gibt es eine große Diskrepanz zwischen den Planstellen und den Ist-Besetzungen (in der Grafik in schwarz). Zum 30.06. hatte wir rund 630 unbesetzte Stellen. Auch dafür gibt es verschiedene Ursachen: Fluktuation und Fachkräftemangel auf der einen Seite – ganz sicher. Aber man muss sich auch fragen, ob unter den Planstellen auch ein paar „Karteileichen“ sind, die man bereinigen muss. Und auch das haben wir getan.



In dieser Grafik sehen Sie einmal die Veränderungen zwischen dem alten und dem neuen Stellenplan. Wir hatten 2025 in der Kernverwaltung rd. 4.880 Stellen. Gemeint sind übrigens immer vollzeitverrechnete Stellen. Wir konnten in Summe rd. 100 Stellen bereinigen und es wurden 24 k.w.-Vermerke umgesetzt (kw = künftig wegfallend). Dabei geht es um Stellen, bei denen schon klar war, dass sie nicht wiederbesetzt werden.

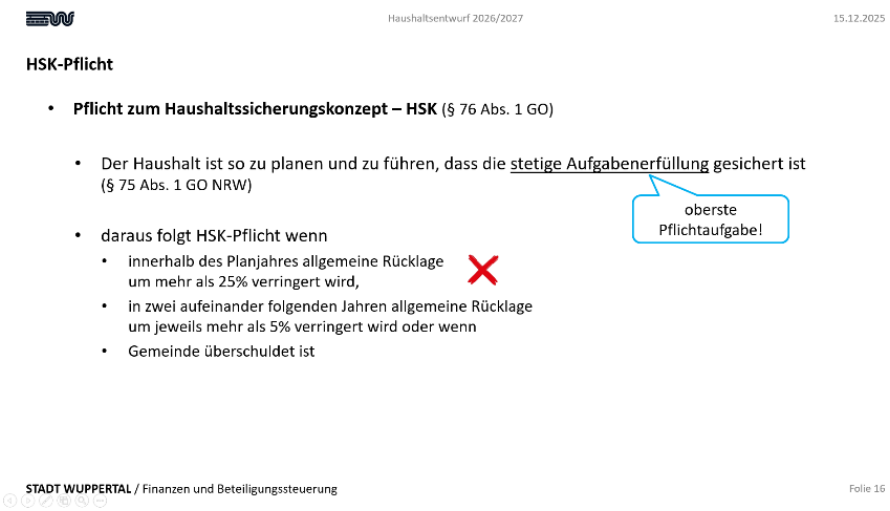
Im Gegenzug wurden rd. 150 Stellen neu eingerichtet und es haben sich kleine Veränderungen bei den Stellen des Jobcenters und der sog. Sonderdienststellen ergeben. Unter dem Strich kommen wir jetzt im Stellenplan 2026 auf knapp 4.900 Stellen. Alle Veränderungen können Sie im Stellenplan genau nachlesen.



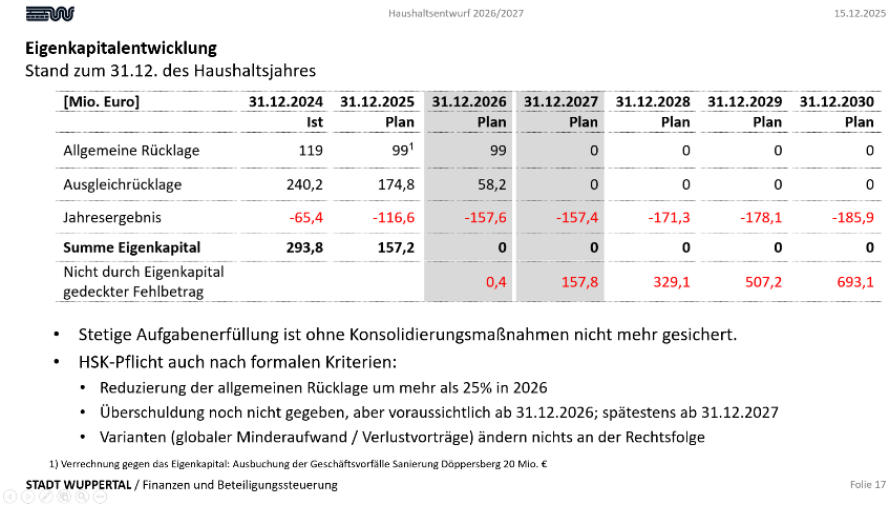
Jenseits der Planstellen-Diskussion möchte ich aber noch auf etwas anderes eingehen. Ich habe ihnen hier einmal die sog. Bevölkerungspyramide für Wuppertal mitgebracht. Wobei der Begriff Pyramide nur noch für das obere Drittel stimmt. In dem grau unterlegten Bereich sieht man den Teil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter.

Wenn Sie sich die Altersgruppen von 55 bis 65 ansehen, sieht man die „babyboomer“, die in den nächsten 10 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden. Wenn Sie sich die Altersgruppe von 10 bis 20-Jährigen ansehen, sehen Sie was nachkommen wird. Wenn man das ins Verhältnis setzt, kann man sagen, dass in den kommenden 10 Jahren auf jeden ausscheidenden Mitarbeiter statistisch noch ca. 0,65 Mitarbeiter „nachwachsen“. Das ist ein demografische Gewissheit. Und das wird ein entscheidendes Thema für die nächste Dekade, sowohl für die Wuppertaler Wirtschaft als auch für die Personalpolitik der Verwaltung. In der Stadtverwaltung scheiden in den kommenden 10 Jahren rd. 1.400 Kollegen und Kolleginnen – rein altersbedingt – aus und wir werden sie nur zum Teil ersetzen können. Wir werden deshalb viel intensiver darüber diskutieren müssen, wie wir mit dieser Situation umgehen. Und ich wage die Prognose, dass „Planstellen“ in der heutigen Form nicht mehr der Kern dieser Diskussion sein werden.

6. Haushaltssicherungskonzept



Auf das Haushaltssicherungskonzept möchte ich hier nur kurz eingehen, da wir dafür ja noch eine gesonderte Sitzung machen werden. Auf diesem Chart haben wir lediglich nochmal die maßgeblichen rechtlichen Voraussetzungen dargestellt. Aus meiner Sicht entscheidend ist dabei weniger die Frage der Wertgrenzen bzw. der Prozentgrenzen im zweiten Teil. Aus meiner Sicht geht es mehr um die Frage, ob im Sinne der Gemeindeordnung die stetige Aufgabenerfüllung noch gesichert ist. Denn dass ist sozusagen die Pflichtaufgabe, die vor die Klammer aller anderen kommunalen Pflichtaufgaben gezogen werden muss. Das wird manchmal in Diskussionen überkommunale Pflichtaufgaben vergessen. Aber am Ende ist es eine schlichte und logische Realität.

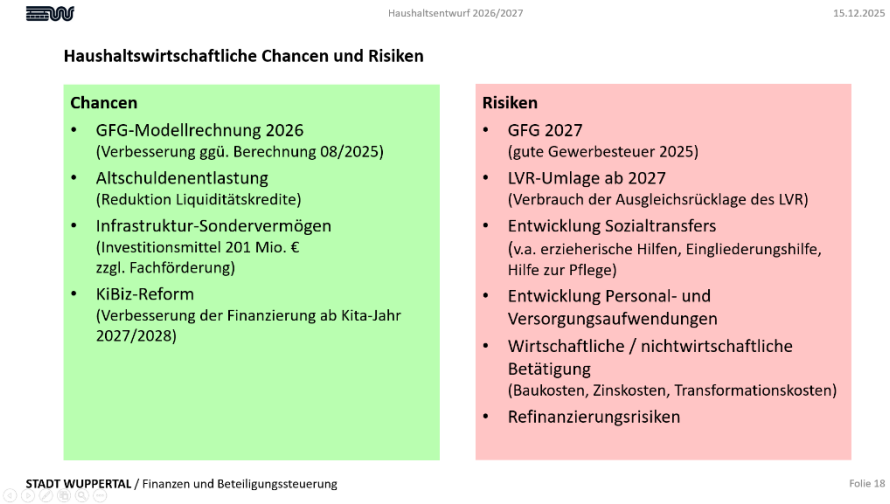


Hier noch einmal der Blick auf die Entwicklung des Eigenkapitals. In der ersten Zahlenspalte sehen Sie hier unser Eigenkapital zum 31.12.2024 von 293,8 Mio. Und in den weiteren Spalten sehen Sie, wie dies nach den Planzahlen abschmelzen wird.

In der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2024/2025 waren hatten wir noch versucht, einen zeitlichen Korridor zu beschreiben, in dem bis zum Ende des Planungszeitraums nur die Ausgleichsrücklage verzehrt wird. Jetzt – zwei Jahre weiter – stellt sich das ganz anders dar. Denn danach wird vermutlich schon Ende 2026, in jedem Fall aber 2027 nicht nur die Ausgleichsrücklage, sondern das gesamte Eigenkapital aufgezehrt sein.

Wir haben diese Zahlen natürlich auch durchgespielt unter Berücksichtigung der Altschuldenentlastung. Ebenso unter Anwendung der haushaltsrechtlichen Optionen – Stichworte „globaler Minderaufwand“ und „Verlustvorträge“. Im Ergebnis sind all das aber Zahlenspiele, die nicht darüber hinwegtäuschen können: Wir müssen realistisch konsolidieren!

7. Chancen und Risiken



Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Chancen und Risiken des Haushaltes eingehen. Sie finden dazu auch nähere Erläuterungen am Ende des Haushaltsvorberichtes.

Die wichtigsten Punkte auf der Chancen-Seite sind natürlich die Altschuldenentlastung und die Investitionsmittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen. Hinweisen möchte ich aber auch darauf, dass wir nach den aktuellen GFG-Zahlen noch eine Verbesserung bei den Schlüsselzuweisungen für 2026 erwarten. Und wir hoffen auf eine bessere Finanzierung der Kindertagesbetreuung ab dem Kita-Jahr 2027/2028.

Trotzdem überwiegen die Risiken. Für 2027 könnte uns aufgrund der guten Gewebesteuer in 2025 wieder ein Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen bevorstehen. Der LVR wird mit seinem nächsten Doppelhaushalt 2027/2028 den Umlagehebesatz wahrscheinlich erhöhen, weil er derzeit seine Rücklagen zurückfährt. Aber die größten Risiken sehe ich in der Entwicklung der Sozialtransfers und der Personal- und Versorgungsaufwendungen. Im Bereich der kommunalen Unternehmen drücken v.a. die Transformationskosten – Stichworte: Energiewende, Wärmewende, Mobilitätswende. Und ganz am Ende sehe ich – wenn sich keine strukturellen Entlastungen ergeben – auch Refinanzierungsrisiken, sei es durch teurere Zinsen, sei es durch Reduzierung der Kreditgeber, sei es im worst case in Form einer Kreditklemme.

8. Schluss

Meine Damen und Herren,

bevor ich jetzt zum Schluss komme, möchte ich noch ein Wort an das Team der Kämmerei richten. Denn die Haushaltsaufstellung war in diesem Jahr eine unglaubliche Belastungsprobe für alle. Nicht nur, dass wir Anfang des Jahres einen Nachtragshaushalt in unsere Arbeitsplanung hinein quetschen mussten. Vor allem die Dreifachbelastung durch eine Haushaltsaufstellung unter extrem schwieriger Finanzlage und mit vielen neuen Ansprechpartner*innen im Hause, durch eine große SAP-Umstellung

und on top die Vorbereitung eines Haushaltssicherungskonzeptes – das war extrem! Und das Ganze, ohne dass wir hier zusätzliches Personal hineingesteckt haben. Dafür bin ich sehr dankbar! Ihr seid ein tolles Team!

Und ihnen, liebe Mitglieder des Rates, möchte ich jetzt für ihre Aufmerksamkeit danken. Ihnen und uns gute und konstruktive Haushaltsberatungen in einer sehr schwierigen Zeit wünschen. Noch ein bisschen müssen Sie jetzt durchhalten, bis es dann nachher wirklich heißt: „Essen ist fertig!“

Vielen Dank und Glückauf!

